

Existenzgründung: Zahnärztinnen übernehmen Führungsposition

Die Feminisierung des zahnärztlichen Berufsstandes spiegelt sich inzwischen auch in den Gründerzahlen wider. Bislang hielt sich die Anzahl der Frauen und Männer unter den Existenzgründungen die Waage – 2021 ist der Anteil der Zahnärztinnen, die sich zum ersten Mal niedergelassen haben, auf 56 Prozent gestiegen. Das zeigt die von der Deutschen Apotheker- und Ärztekbank (apoBank) durchgeführte Analyse der zahnärztlichen Existenzgründungen im Jahr 2021.

„Der hohe Frauenanteil unter der angestellten Zahnärzteschaft ist schon lange zu beobachten – wir freuen uns, dass sich diese Entwicklung anscheinend zunehmend nun auch bei den Existenzgründungen abzeichnet“, sagt Daniel Zehlich, Leiter des Bereiches Gesundheitsmarkt und Beteiligungen bei der apoBank. „Die nächsten Jahre werden zeigen, ob sich diese Entwicklung auch zukünftig verfestigen wird. Generell gibt es einige geschlechtsspezifische Unterschiede beim Gründungsverhalten, die wir seit Jahren beobachten: Frauen investieren im Schnitt weniger, bevorzugen öfter Einzelpraxen und lassen sich in der Regel etwas später nieder als ihre männlichen Kollegen.“

Ein Vergleich nach Geschlechtern zeigt, dass bei Männern die durchschnittlichen Praxisinvestitionen mit 417 000 Euro im Jahr 2021 zum ersten Mal stagnierten. Bei Frauen dagegen sind diese auf 357 000 Euro erneut leicht angestiegen. Die Differenz zwischen den Praxisinvestitionen entsteht vordergründig durch unterschiedlich hohe Kaufpreise: Männer zahlten 2021 mit 240 000 Euro im Schnitt einen rund 38 Prozent höheren Übernahmepreis als Frauen mit 174 000 Euro. Kaum Unterschiede gab es hingegen bei der Höhe weiterer Praxisinvestitionen, zum Beispiel, wenn es um die Modernisierung, Ausstattung oder um Betriebsmittel ging.

tas/Quelle: apoBank

Neuer Sachverständigenrat

Der Bundesminister für Gesundheit, Prof. Dr. Karl Lauterbach (SPD), hat den Sachverständigenrat Gesundheit und Pflege neu besetzt. In dem unabhängigen Gremium sind sieben Professorinnen und Professoren aus den Bereichen Medizin, Ökonomie, Versorgungsforschung und Pflegewissenschaft vertreten.

Berufen wurden folgende Mitglieder: Prof. Nils Gutacker, PhD Professor für Health Economics an der University of York, Vereinigtes Königreich, Prof. Dr. med. Michael Hallek, Direktor der Klinik für Innere Medizin an der Uniklinik Köln und stellvertretender Direktor des Centrums für Integrierte Onkologie Aachen Bonn Köln Düsseldorf, Prof. Dr. med. Stefanie Joos, Lehrstuhlinhaberin für Allgemeinmedizin in Tübingen und ärztliche Direktorin des Instituts für Allgemeinmedizin und interprofessionelle Versorgung des Universitätsklinikums Tübingen, Prof. Dr. PH Melanie Messer, Professorin für Pflegewissenschaft mit dem Schwerpunkt Klinische Pflege über die Lebensspanne an der Universität Trier, Prof. Dr. med. Jochen Schmitt, MPH, Professor für Sozialmedizin und Versorgungsforschung an der Technischen Universität Dresden und Direktor des Zentrums für Evidenzbasierte Gesundheitsversorgung der Dresdner Hochschulmedizin, Prof. Dr. rer. oec. Jonas Schreyögg, Wissenschaftlicher Direktor des Hamburg Center for Health Economics an der Universität Hamburg, und Prof. Dr. rer. oec. Leonie Sundmacher, Leiterin des Fachgebietes Gesundheitsökonomie an der Technischen Universität München.

Das Expertengremium analysiert die Entwicklung der gesundheitlichen Versorgung mit ihren medizinischen und wirtschaftlichen Folgen, leitet daraus Empfehlungen für eine bedarfsgerechte Versorgung ab und zeigt Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens auf.

tas/Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

Mehr Beschäftigte im Gesundheitswesen

Die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen ist im Jahr 2021 um 2,9 Prozent auf rund 6 Millionen gestiegen. In Zahnarztpraxen wuchs die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um 1,1 Prozent. Das geht aus Erhebungen des Statistischen Bundesamtes hervor.

Ende 2021 waren insgesamt 362 000 Personen in Zahnarztpraxen beschäftigt. Das entspricht einem Plus von 4 000 gegenüber dem Jahr 2020. Zuwächse waren vor allem bei Zahnmedizinischen Fachangestellten und in der Verwaltung zu verzeichnen.

tas/Quelle: Destatis